

UDK 911.3 (1-22) (430.1 Oberfranken)

DER BETRAG DER GEOGRAPHIE ZUR ENTWICKLUNG LÄNDLICHER RÄUME - DAS BEISPIEL OBERFRANKEN*

von Jörg M a i e r, Bayreuth**

1. Ansatzpunkte

Geographie und insbesondere die Sozial- und Wirtschaftsgeographie hat neben der raumrelevanten Grundlagenforschung schon lange auch Ziele und Aufgaben einer Angewandten Forschung verfolgt, ja man kann seit der Entwicklung der Landes- und Regionalplanung in der Bundesrepublik es durchaus als charakteristisch die Anwendung wirtschaftsgeographischer Forschungsansätze und -methoden auf Fragen der Raumordnung, Raumordnungspolitik und Raumplanung ansehen. Zahlreiche Arbeiten für und in der Orts- und Stadtplanung (angefangen von Arbeiten zur Agrarstrukturplanung bis zu sozialplanerisch ausgerichteten Bearbeitungen zur Stadterneuerung oder zumindest in Gestalt vorbereitender Untersuchungen zur Stadt-sanierung) und in der Regional- und Landesplanung (von Beiträgen zur Zentral-Orte-Abgrenzung bzw. weiteren Siedlungsstrukturmodellen bis zu sektoralplanerischen Umsetzungen) belegen dies. Wie sehr dabei auch hier Planungsphilosophien eine Rolle spielen, zeigt die Unterscheidung in idealistische und pragmatische Planungsleitbilder, z.B. etwa die Idee des "ausgewogenen Raumes" mittlerer Dimension bei D. M a r x (1976) als Beispiel für die erstgenannte und die Idee der Zentralen Orte und der Entwicklungsachsen für die zweitgenannte Richtung.

Unterschiedliche Vorstellungen sind allein schon darin begründet, dass unter Raumordnung durchaus Vielfältiges verstanden wird. Dies reicht von der Bezeichnung der derzeitigen räumlichen Ordnung (oder Unordnung) über die Definition der Zielvorstellungen einer erwünschten räumlichen Ordnung bis hin zu einem Politikbereich,

* Prispjevka na zborovanju "70 let geografije na ljubljanski univerzi" v Ljubljani, december 1989

** Redni profesor, Lehrstuhl: Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung, Universität Bayreuth, Universitätstrasse 30, D - 8580 Bayreuth

der diese Zielvorstellungen realisieren oder zumindest dazu beitragen soll (in dieser Darstellung als eigener Forschungsbereich ausgegliedert). Raumplanung würde dabei eher auf die instrumentelle Komponente der Zielvorstellungen ausgerichtet sein. Interdisziplinäre Verbindungen zur Politik - wissenschaft, zur Stadt - und Regionalsoziologie, zur Architektur und zur eher technologisch ausgerichteten Infrastrukturplanung werden damit deutlich.

Diese wirtschafts - und sozialgeographischen Untersuchungen wurden vor allem durch die Entwicklung der Raumordnung und Raumplanung auf nationaler und regionaler Ebene ermöglicht. Parallel etwa zum Bundesbaugesetz 1960, dem Raumordnungsgesetz 1965, dem Bundesraumordnungsprogramm sowie den Landesentwicklungsprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland entfaltete sich besonders die planungsbezogene Wirtschaftsgeographie. Durch die veränderten Aufgaben der Planung (aus der Negativ zur Positiv - Planung, aus der statistischen zur dynamischen Planung oder von der Entwicklungs - zur Ordnungsaufgabe aufgrund zunehmender Ressourcen - knappheit und Landschaftsbelastung) und aus der inzwischen gewonnenen Erfahrung, dass sich Gesellschaft und Wirtschaft nur in begrenztem Masse als gestalt - und planbar erwiesen, sind in der Zwischenzeit auch für die Wirtschaftsgeographie neue Anforderungen entstanden.

Während zuerst Untersuchungen im Bereich der Grundlagenforschung im Versorgungsbereich, zu räumlichen Industrieverbundsystemen oder zu Verkehrsnetzen sowie zur räumlichen Stadtentwicklung erarbeitet wurden, meist auf dem Boden neoklassischer Gleichgewichts-Vorstellungen und als Partialmodelle angelegt (siehe Siedlungssystemforschung mit dem Ziel einer Ermittlung optimaler Stadtgrößen) haben sich die Betrachtungen seit Mitte der 70-er Jahre, durch die Erfahrungen in der Entwicklungsländerforschung wesentlich verändert. Dies ist nicht ein Ergebnis unterschiedlicher Dimensionsvorstellungen, obwohl hier durchaus noch Probleme bei der Übertragung auf kleinräumige Strukturen in Industrieländern existieren, sondern durch den Übergang zu polarisationstheoretischen Ansätzen. Damit wird auch die enge Verbindung von Wirtschaftsgeographie und Regionalökonomie in den letzten Jahren verständlich.

Ein besonderes Augenmerk und sicherlich als typisch für die Weiterentwicklung der Wirtschaftsgeographie zur Regionalforschung ist die verstärkte Hinwendung zu Fragen der Raumordnungspolitik, sogar zur Strukturpolitik in den letzten 10 Jahren. Der Themenkomplex der regionalen Disparitäten und ihrer Erfassung, die Aufstellung neuer Ziele, Instrumente und Massnahmen bis zur Forderung nach einer Modifizierung der geltenden regionalen Förderpolitik war hierbei sicherlich ausschlaggebend, handelt es sich zumindest auf den ersten Untersuchungsstufen um ein klassisches wirtschaftsgeographisches Problem, nämlich die Auseinandersetzung zwischen Stadt und Land bzw. zwischen Verdichtungsräumen und peripheren Räumen. Probleme regional unterschiedlicher Entwicklung gab es dabei schon immer und Forderungen an eine Einbeziehung der peripheren Räume in eine bewusst gesteuerte, regionalisierte Konjunktur - und Finanzpolitik reichen ebenfalls weit zurück. Die Dimension der Entwicklung zwischen den beiden Raumkategorien in den letzten zehn Jahren,

insbesondere die hohen Abwanderungsraten junger, dynamischer Personengruppen aus den peripheren Räumen führte in Verbindung mit Diskussionen um ein neues Regionalbewusstsein und Föderalisierungsbestrebungen zu der aktuellen Diskussion.

Sie bleibt jedoch nicht - wie häufig bei wirtschaftsgeographischen Arbeiten - im strukturell - beschreiben - den Teil stehen, sondern es zeigte sich eine Neuerung insoweit, als neben Diskussionen um Normen nun auch konkrete Studien zur Regionalpolitik und zur regionalen Förderpolitik erarbeitet wurden (Taubmann, Maier, 1980). Ein Grund dafür lag sicherlich auch in der Kritik der bisherigen Raumordnungspolitik. Einen wesentlichen Teil der Strategien repräsentierte die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Ohne Zweifel hat sich diese Förderpraxis in vielerlei Hinsicht positiv ausgewinkt, sei es im Bereich der kommunalen und sozialen Infrastruktur oder auch als Beitrag zur Erweiterung der Gewerbestruktur. Das Problem dabei ist nur, dass diese Förderung auf einer wachsenden Wirtschaft mit räumlichen Expansionswillen und einer gewissen Kapitalaustattung aufbaut. Prämissen also, die heute keineswegs mehr selbstverständlich sind. Stöhr (1981) bewertet deshalb das Ergebnis der bisherigen Regionalpolitik als recht ungünstig, sieht er doch in den letzten Jahren eine Beschleunigung der funktionalen Desintegration der peripheren Gebiete.

Aufgrund der veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie der nur begrenzten Erfolge der Raumordnungspolitik soll deshalb nicht nur eine Veränderung der eingesetzten Mittel und Massnahmen angestrebt werden, sondern die Förderung regional-endogenen Wirtschafts-Sozial- und Kulturpotentiale als Ziel gesetzt werden. Neben einer Mobilisierung regionaler Ressourcen auf den verschiedensten Ebenen sollte eine verstärkte wachseisellige Integration auf regionaler Ebene erreichbar werden.

2. Theoretische Grundlage

Konzeptionelle Grundlage dieses Vorgehens ist die aus der Polarisierungstheorie abgeleitete Grundidee einer "regionalen" Regionalpolitik. Basis dieses raumplanerischen Leitbildes sind die Betroffenen, d.h. die Bevölkerung sowie die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsträger der peripheren Räume und ihre Vorstellungen von regionaler Selbstverwirklichung. Eine Holfeststellung der Gesellschaft insgesamt kann deshalb nur dann akzeptiert werden, wenn der Einzelne in seinem Selbstverwirklichungsstreben gefördert wird, also das Konzept einer Hilfe durch Selbsthilfe realisiert wird. Die Forderungen an eine solche Regionalpolitik sind daher:

- Stärkung der Entwicklungsmöglichkeit und - fähigkeit eigener regionaler Identität,
- Mehrung der Entscheidungsmöglichkeit und - fähigkeit über die Nutzung regionaler Ressourcen,
- Förderung der Entwicklungsmöglichkeiten und - fähigkeit an regionale Verhältnisse angepasster, sog. sanfter Technologien,

- Beteiligung der in der jeweiligen Region lebenden menschlichen Gruppen an den die Region betreffenden Prozessen (Aktivierung und Aufklärung),
- Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Verwaltungsapparates in den einzelnen Regionen (z. B. durch weitere Dezentralisierung).

Überträgt man diese Überlegungen etwa auf den industriellgewerblichen Bereich, so kann man stichpunktartig einige Teilstrategien herausgreifen, die in der regionalen Praxis Anwendung finden können:

1. Unterstützung für Kooperationen von Klein- und Mittelbetrieben aus der Region zur Stärkung der Wettbewerbschancen, etwa bei der Produktionsentwicklung, bei Rationalisierungsvorhaben oder der Verbesserung der regionalen Nachfrage,
2. Unterstützung von Initiativen verschiedener Personengruppen bei der Auslotung von Marktnischen, Produktinnovation und neuen Organisationsformen,
3. Initiierung bzw. Schaffung von Innovations- Transfer- und damit Informationsbörsen bis hin zum Ziel von Erfindermessen in der Region (z. B. besteht seit dem 16.5.1987 in Oberfranken ein Technologie-Forum Oberfranken, aufgebaut auf den Industrie- und Handelskammern, der Landesgewerbe-Anstalt, dem Innovations- und Technologie-Institut, der Fachhochschule Coburg, dem Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW) und der Universität Bayreuth,
4. Verminderung des insbesondere bei konjunkturellen Talfahrten auftretenden Eigenkapitalproblems, durch die Gründung regionaler Kapitalbeteiligungsgesellschaften. Ideenreichtum und Umsetzungsbereitschaft in der Region müssen erreichen, dass im ländlichen Raum durchaus vorhandene "venture capital" nicht in Florida oder in den Verdichtungsgebieten der Bundesrepublik Deutschland, sondern in der Region eingesetzt wird,
5. Förderung innerregionaler Wirtschaftskreisläufe durch Intensivierung innerregionaler Warenströme. Auftragsbörsen und die Unterstützung regionaler Messen in ausgewählten zentralen Orten,
6. Unterstützung bei der Einrichtung von regionalen Beratungs- und Betreuungsinstitutionen, der Förderung historisch gewachsener Gewerbe- und Industriezweige mit Wettbewerbschancen und der Errichtung von Industrie- und Handwerksmuseen zur Stärkung des regionalen Bewusstseins (z. B. das Porzellanmuseum in Hohenberg a.d. Eger bzw. geplante Vorhaben in Selb und Münchberg).

Diese Überlegungen einer regional orientierten Regionalpolitik, die eben die regionalen Interessen und Entscheidungen in den Vordergrund stellt, sind seit ihrer Aufstellung in den Jahren 1982/83 in vielfältiger Weise durch die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Verwaltung und Wirtschaft in praktische Vorhaben umgesetzt worden. Neben der Errichtung von Institutionen bzw. eher informellen Arbeitskreisen ist ebenso festzuhalten, dass etwa zum Thema der Grossformen des Einzelhandels inzwischen eine deutliche, durch die gesetzlichen Grundlagen mögliche reservierte Haltung bezüglich Genehmigungen vorhanden ist (ähnliches

gilt bei der Antragstellung bezüglich Einrichtungen der Masentierhaltung oder auch bei touristischen Grossprojekten). In der Regionalplanung ist das zunehmende regionale Bewusstsein bei den politischen Entscheidungsträgern ebenso zu beobachten und fand bereits im Regionalplan der Region Oberfranken-Ost seinen Niederschlag wie auch auf der landesentwicklungspolitischen Ebene durch die Einführung der sog. Teilraum-Gutachten, d.h. Untersuchungen zur regionalen Situation und zukünftigen Entwicklungs-Strategien mit eindeutiger Funktion der Ideen-Entwicklung, der Strategie-Diskussion und der regionalen Umsetzung aus der Region selbst.

3. Das Forschungs - und anwendungsobjekt: Beispiel Oberfranken

Bedingt durch die Grenzlage nach dem 2. Weltkrieg und vor allem nach 1961 solzte sich in dem ehemals im Zentrum Europas gelegenen Oberfranken immer stärker eine pessimistische Haltung durch. Das Ergebnis war, dass in den letzten 20 Jahren im Vergleich etwa zum bayerischen Durchschnitt die Gesamtzahl der Bevölkerung Oberfrankens relativ gering gewachsen ist, teilweise hat sie sogar abgenommen. Nimmt man nur den Zeitraum zwischen 1970 und 1983, so sank die Bevölkerung von 1,79 Mill. auf 1,044 Mill. Einwohnern, wobei die Bayerns im gleichen Zeitraum um 4,7 % zunahm. Während dabei die Stadt Bayreuth, durch die Entwicklung der Universität sicherlich nicht unwesentlich mitbewirkt bis heute einen Bevölkerungszuwachs aufweis und vor allem die Landkreise Bamberg und Forchheim, auch Bayreuth, Coburg, Lichtenfels und Kulmbach mit Abnahmeraten bis - 5 % noch recht stabile Verhältnisse aufwiesen, sind insbesondere in den Landkreisen Hof und Wunsiedel im Fichtelgebirge rückläufige Entwicklung bis zu - 12 % festzustellen. Dabei gibt es zwischen Marktredwitz und Selb Gemeinden, in denen 1970 und 1983 jeder vierte Einwohner entweder weggezogen oder gestorben ist.

Dieser, zum Teil erhebliche Bevölkerungsverlust ist sowohl in der ungünstigen Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung als auch in den Wanderungsbewegungen (mit einem Überhang der Wegzüge insbesondere jüngerer, dynamischer Personengruppen) begründet, verbunden mit der Gefahr der Überalterung und der sozialen Erosion.

Auch die wirtschaftliche Situation in diesem seit den 70-er Jahren des letzten Jahrhunderts industrialisierten Raum fällt regional unterschiedlich aus. Während der Anteil der Land - und Forstwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt nur noch in den Landkreisen Bamberg und Bayereuth knapp 10 % ausmacht, erreicht das produzierende Gewerbe in den Landkreisen Kulmbach, Kornach, Hof und vor allem Coburg Anteilswerte von über 60 %. Aufgrund dieser Struktur wirken sich konjunkturelle Schwankungen und insbesondere Probleme einzelner Industriebranchen in Oberfranken gravierend aus, wengleich man allerdings sehen muss, dass die Arbeitsmarktbezirke zwar deutlich ungünstigere Ergebnisse bezüglich der Arbeitslosenzahlen wie in Südbayern aufweisen, jedoch die Situation immer noch etwas besser wie in der Oberpfal oder im Bayerischen Wald ausfällt.

Das Kennzeichen einer regional und nach Branchen vielfältigen Struktur der Wirtschaft zeigt sich besonders bei der Industrie. Mit einem Besatz von 155 Beschäftigten in der Industrie auf 1.000 Beschäftigte insgesamt steht es nach Mittelfranken an zweiter Stelle aller bayerischen Bezirke (Durchschnittswert in Bayern im Jahre 1981=124), und widerlegt damit ebenso wie die absolute Zahl von 162.687 Beschäftigten in der Industrie die Vorstellung mancher Institutionen in den Zentren, ländliche Räume wären nur Standorte landwirtschaftlicher Produktion, von Erholungsfunktionen und Räume ökologischen Ausgleichs. Andererseits wird in diesen Konzepten von grossräumigen Vorranggebieten deutlich, wie die Zentren ohne Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten in erster Linie ihre Interessen in zahlreichen Programmen und Plänen zum Ausdruck bringen. Dabei besteht gerade in der Industrie eine beträchtliche Chance zur regionalen Entwicklung, ist doch ein grosser Teil dieser Unternehmen regionsansässig und aufgrund der Betriebsgrösse, Finanzmittel Ausstattung und Funktionsweise durchaus für eine regionalorientierte Strategie geeignet. Das besondere Problem besteht nur darin, dass das Branchenspektrum der Industrie Oberfrankens trotz aller Erweiterungen noch zu fast zwei Drittel im Konsumgüterbereich liegt, die wichtigste Branche ist die Textilindustrie mit 25.708 Beschäftigten, gefolgt von der Feinkeramik (17.631 Beschäftigte), der Elektrotechnik (15.899) Beschäftigte), dem Maschinebaum (14.156 Beschäftigte) dem Bekleidungs-gewerbe (14.609 Beschäftigte) und der Holzverarbeitung (14.123 Beschäftigte) ist.

Was kann nun eine Disziplin wie die Wirtschaftsgeographie tun, um einen Beitrag zur Entwicklung einer solchen Region zu leisten?

4. Regionale Information, Stadtentwicklungs - und regionalpolitik sowie Politikberatung als Aufgabenfelder der wirtschaftsgeographie an der Universität Bayreuth

Im Zuge des Aufbaus des Geowissenschaftlichen Institute der Universität Bayreuth erfolgte 1977 die Einrichtung des Lehrstuhls Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung. Mit dem Aufbau dieses Lehrstuhls konnte an der, zum damaligen Zeitpunkt erst 2 Jahre bestehenden Universität, die Entwicklung eines weiteren Studienganges (lag der bisherige Schwerpunkt des Geowissenschaftlichen Instituts auf der Ausbildung von Studenten des Lehramtes an Grund- und Hauptschulen sowie Realschulen und Gymnasien im Fach Geographie), der Diplom - Studiengang Geographie mit seiner Schwerpunktsetzung auf Stadt - und Regionalforschung, Raumplanung und Regionalpolitik realisiert werden.

Fünf Ziele standen deshalb in der Lehre als auch in der Forschung im Vordergrund:

- Analyse und Darstellung räumlicher, wirtschaftlicher und sozialer Grundstrukturen in den bis dahin nur teilweise erforschten Regionen Oberfranken - Ost und - West sowie der nördlichen Oberpfalz,

- Analyse und Darstellung (räumlicher) Problemsituationen in der Hochschulregion und der Versuch der Erzeugung von "Betroffenheit" bei ausgewählten regionalen Gruppen, bei privaten Haushalten und Arbeitnehmern, bei Landwirten, Unternehmern, Einzelhändlern, Touristen und Naherholern u.a.,
- Präsentation universitärer Anliegen und Fähigkeiten im peripheren oberfränkischen und oberpfälzischen Raum sowie Steigerung des Bekanntheitsgrades universitärer Einrichtungen,
- Diskussion von Problemlösungen und Entwicklungsstrategien zur Aufwertung der peripherräumlichen Situation in Bayern, sowie
- Überprüfung der gewonnenen Erfahrungen und Rückkopplung Erkenntnisse in ausgewählten Gebieten des In- und Auslandes, insbesondere im Elsass, teilweise in Slowenien und in Nigeria.

Die wissenschaftliche Konzeption der ersten Jahre lag im Bereich der räumlichen Strukturforschung, wobei die Analyse räumlicher Strukturen und Prozesse in peripheren Räumen eine herausragende Stellung einnahm. Am Beispiel von Oberfranken und der nördlichen Oberpfalz wurden zwischen 1977 und 1980 eine Reihe von Untersuchungen durchgeführt, wobei zunächst neben Fragen der Landwirtschaft Schwerpunkte vor allem im Bereich der Industrie- und Arbeitsmarktforschung sowie im Bereich der Freizeit- und Fremdenverkehrsforschung lagen. Neben der regional orientierten Strukturforschung sollten sowohl für die Forschung wie auch Lehre notwendige Vergleichsanalysen einen zweiten Schwerpunkt darstellen, wobei neben Feldforschungen auch Exkursionen und Geländepraktika in sozialistischen Ländern, beispielsweise in Jugoslawien, Ungarn und in der Deutschen Demokratischen Republik, im deutschen und österreichischen Alpenraum sowie in Frankreich durchgeführt wurden.

In den letzten 8 Jahren traten dann zunehmend raumplanerisch und regionalpolitisch angewandte Frage und Problemstellungen in den Vordergrund. Die damit erfolgte Hinwendung auf die Bereiche der Landesentwicklung, Regional- und Kommunalplanung sowie -politik brachte eine inhaltliche und auch methodische Erweiterung des Wissenschaftsverständnisses mit sich. In den Vordergrund trat damit eine praxisorientierte Wissenschaftskonzeption, die ihren Niederschlag sowohl in der Forschung als auch in der Lehre fand. Das thematische und inhaltliche Spektrum erweiterte sich mit den Fragestellungen und Anforderungen, die häufig an den Lehrstuhl von Seiten regionaler und kommunaler Entscheidungsträger herangetragen wurden. Einen Schwerpunkt bildeten regionalökonomische Fragestellungen mit folgenden Themenbereichen:

- Verkehrsplanung, vor allem im Bereich des ÖPNV und zur Bundesfernstrassenplanung,
- Freizeit- und Fremdenverkehrspolitik sowie
- regionale Wirtschaftsförderpolitik.

Auf kommunaler Ebene rückten zunehmend Fragestellungen im Bereich der

Stadterneuerung und Sanierung sowie der kommunalen Wirtschaftsförderung i.w.S., also etwa Handels- und Versorgungsforschung, Gewerbeansiedlungspolitik u.a. mehr in den Vordergrund der Diskussion. Die praxisorientierten Konzepte hatte darüber hinaus auch die Einbeziehung von Problemstellungen auf betrieblicher und Unternehmensberatung zur Folge, wobei Fragen mit einem räumlichen Bezug, also etwa der Bereich der regionalen Marktforschung im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Es wird deutlich, dass ausgehend von einem angewandten Wissenschafts- und Forschungsverständnis in den vergangenen 12 Jahren der Schrift zur Praxis- und Politikberatung vollzogen wurde. Dabei geht es im Sinne einer räumlich orientierten Wirtschafts- und Sozialforschung darum, Grundlagen für Entscheidungsprozesse in der Wirtschafts- und Verwaltungspraxis zu erarbeiten und im Sinne einer normativen Wissenschaftskonzeption mögliche Handlungsanleitungen für Entscheidungsträger aufzuzeigen. Die Gründung einer eigens darauf ausgerichteten Forschungseinrichtung, der RRV - Forschungsstelle für Raumanalysen, Regionalpolitik und Verwaltungspraxis, eine interdisziplinär geleitete Forschungsstelle der Universität Bayreuth, war 1983 die logische Konsequenz. Standen im Hinblick auf den konzeptionellen Anspruch der Forschungsarbeiten in den ersten Jahren neben struktur- und prozessanalytischen Ansätzen eher entscheidungsorientierte Konzepte zur Diskussion, so basieren die praxisorientierten Untersuchungen heute eher auf konfliktorientierten Ansätzen, wobei neben der Beschreibung des Konfliktgegenstandes und der Austragungsformen der Konflikte die Darstellung von Konfliktregelungsmechanismen eine hohe Bedeutung zukommt. Hierbei spielt der Einsatz planungsrechtlicher und marketingpolitischer Instrumente oder auch wirtschaftspolitischer Strategien eine große Rolle.

Mit der inhaltlichen Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Konzeption des Lehrstuhls ging auch eine Erweiterung des methodischen Instrumentariums einher, kommen doch neben den eher deskriptiv angelegten Struktur- und Prozessanalysen nun Planungsverfahren und -techniken, die in starkem Maße normierenden Charakter aufweisen, z.B. Kosten-Nutzen-Analysen, Nutzwertanalysen, Umweltverträglichkeitsprüfungen u.a. mehr zum Einsatz. Die Einbeziehung von Inhalten und Methoden, die eher einem interdisziplinären als einem traditionell geographischen Wissenschaftsverständnis entsprechen, lässt den Wandel von einer auf die Beschreibung räumlicher Strukturen und Prozesse ausgerichteten Fachrichtung hin zu einer auf die Vermittlung von Handlungsbedarfen und der Analyse von Handlungsstrategien ausgerichteten Wissenschaftsdisziplinen deutlich werden.

Zu verdanken ist die Weiterentwicklung der Disziplin allerdings nicht nur "endogenen Potentialen". Beigetragen hierzu hat zum einen sicherlich die Diskussion mit anderen wissenschaftlichen Nachbarbereichen, so insbesondere den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und der Ökologie. Zum anderen jedoch stellt die wissenschaftliche Orientierung auf angewandte Regional- und Kommunalforschung des Lehrstuhls Wirtschaftsgeographie und Regionalplanung auch ein Ergebnis der Erwartungshaltungen und der Anforderungsprofile sowie Artikulation unterschiedlicher Gruppen der Hochschulregion dar, sind doch Oberfranken und die nördliche Oberpfalz nach wie vor schwach strukturierte Regionen Bayerns, wo

angewandte Forschungsrichtungen gemäss dem gesetzlichen Auftrag der Universität Bayreuth aufgerufen sind, einen Beitrag zur regionalen Strukturpolitik i.w.S. zu leisten.

Ausgewählte Literatur:

- M a r x, D., Zur Konzeption der ausgeglichenen Funktionsräume als Grundlage einer Regionalpolitik des mittleren Weges, in: Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung - und Landesplanung, Bd. 94, Hannover 1975, S. 1-18.
- T a u b m a n n, W., Räumliche Disparitäten - das Beispiel der Bundesrepublik, in: Geographie heute, H. 2, 1980, S. 2-11.
- M e i e r, J. Ländliche Räume in peripheren Regionen, in: Arbeitsmaterialien der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover 1981, S. 115-136.
- d e r s, P e t z s c h n e r, E., P f a l l e r, G., v. W a h l, D., W e b e r, J., Überlegungen zu einer raumordnungspolitischen Konzeption für periphere Räume - das Beispiel Oberfranken, SH 1 der Arbeitsmaterialien zur Raumordnung und Raumplanung Bayreuth 1981.
- S t ö h r, W., Alternative Strategien für die integrierte Entwicklung peripherer Gebiete bei abgeschwächtem Wirtschaftswachstum, in: Dokumente und Information zur Schweiz, Orts-, Regional- und Landesplanung, Nr. 61, 1981, S. 5-8.

**PRISPEVEK GEOGRAFIJE K RAZVOJU PODEŽELSKIH OBMOČIJ.
PRIMER OBERFRANKEN**

Jörg Maier

(Povzetek)

Podeželska območja so bila v preteklosti deležna diferenciranega interesa geografov. Opisovanje in opredelitev prostorskih danosti so v ZR Nemčiji že v šestdesetih letih nadomestile študije, usmerjene k "reševanju podeželja". Z različnimi modeli so avtorji opredeljevali možnosti za optimalno ureditev podeželja. Posebno pozornost so posvečali opredeljevanju lokacije industrije, trasiranju prometnih poti in opredelitvi funkcij centralnih krajev. Podobno pot je geografija ubrala tudi na Bavarskem in pri proučevanju podeželja v pokrajini Oberfranken (Zg. Frankovska). Prvi koraki mlade bayreuthske univerze so ob njenem nastanku v sedemdesetih letih strokovno opredelili geografske in druge poteze prostora, v katerem so univerzo ustanovili, zlasti družbene in naravnogeografske dejavnike, ki so pogojevali njen razvoj. V zadnjem času geografska veda tipizira območja, jih opredeljuje glede njih posebnosti in oblikuje temelje za prostorsko in regionalno ustrezno planiranje v tem severovzhodnem delu Bavarske.